

Diskussionsentwurf

Leitlinien zur Kommunalwahl 2008

Gliederung

	Seite
Präambel	2
I. Demographischer Wandel - und Herausforderung für die Kommunen	3
II. Arbeitsplätze und Wirtschaft	5
III. Lebenswerte Kommune Kinder / Familie / Schule / Medien und Kultur	9
IV. Lebensqualität in unseren Kommunen Heimat / Sicherheit/ Soziales / Jugend / Senioren / Sport / Behinderte / Integration	13
V. Umwelt und Natur schützen und bewahren – Lebensqualität stärken	19
VI. Kommunen: Finanziell handlungsfähig und modern verwaltet	22

LEITLINIEN ZUR KOMMUNALWAHL 2008

35 **Präambel**

36 Die Präambel wird erst unmittelbar vor dem Landesparteitag am 24. November formuliert,
37 um aktuelle Entwicklungen aufzugreifen.

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

I. Demographischer Wandel – Herausforderung für die Kommunen

Unsere Gesellschaft verändert sich. Die Zahl der neugeborenen Kinder ist stark gesunken. Die Bevölkerung in Deutschland schrumpft, zusätzlich wird unsere Gesellschaft durch eine höhere Lebenserwartung immer älter.

Dieser demographische Wandel stellt gerade die Kommunen vor große Herausforderungen. Sie sind es, die vor Ort für die Bürgerinnen und Bürger etliche Angebote bereitstellen und die gesellschaftlichen Entwicklungen dabei berücksichtigen müssen.

Den Wandel allein unter dem Gesichtspunkt einer älter werdenden Gesellschaft zu sehen, wäre ein zu verengter Blickwinkel. Die Auswirkungen sind weitreichender: Eine andere Altersstruktur wirkt sich direkt auf die Dorf- oder Stadtentwicklung aus. Sie bestimmt die Entscheidungen für neue Baugebiete oder den Rückbau von Wohnraum, für Verkehrsinfrastruktur oder den Umfang der öffentlichen Einrichtungen.

Weniger Kinder bedeuten beispielsweise ganz andere Anforderungen an die Zahl und Qualität unserer Kindergärten und Schulen. Rückgängige Bevölkerungszahlen verstärken den Wettbewerb zwischen den Regionen um Einwohnerinnen und Einwohner. Die Kommunen werden sich gezielt überlegen müssen, welche öffentliche Infrastruktur vom erschlossenen Baugebiet, über die Bücherei bis zum Sportgelände sie bei veränderten Bevölkerungszahlen anbieten und sich finanziell leisten wollen.

Gleichzeitig müssen sich die Kommunen mit ihren individuellen Standortqualitäten beschäftigen, um mit einem Verstärken dieser Stärken den Trend vor Ort umzudrehen. Viele Kommunen betreiben eben deshalb schon ganz aktiv eine kinder- und familienfreundliche Politik, um Familien im Ort zu halten oder für ihre Orte zu gewinnen. Alle Anstrengungen vor Ort sollten davon geleitet sein, alle kommunalen Handlungsfelder zu vernetzen und Entscheidungen langfristig auszurichten.

Infrastruktur muss wandelbar sein. Heute geplante Kinder- und Jugendeinrichtungen müssen später noch anders genutzt werden können. Neue Wohnformen für ältere Menschen müssen an den speziellen Bedürfnissen wie Barrierefreiheit oder Nähe zu Nahversorgungseinrichtungen ausgerichtet sein.

99 Fast alle Felder der kommunalen Aufgaben sind vom demografischen Wandel betroffen. Für
100 eine solide Zukunftsplanung ist es deshalb notwendig, sich genau mit der demographischen
101 Entwicklung in der jeweiligen Gemeinde zu beschäftigen. Es bietet sich an, eine Prognose
102 der Bevölkerungsentwicklung der eigenen Gemeinde aufzustellen und über die Konsequen-
103 zen zu diskutieren.

104
105 Natürlich wird Politik vor Ort im besonderen Maße auf die Bedürfnisse der älter werdenden
106 Menschen eingehen müssen. Aber schon heute ist die ältere Generation sehr differenziert zu
107 betrachten. Da gibt es die aktiven Senioren, die noch äußerst tatkräftig beispielsweise im
108 Ehrenamt Aufgaben übernehmen. Genauso gibt es eben auch die pflegebedürftigen Bewoh-
109 ner in einer Senioreneinrichtung. Diese neben dem demografischen Wandel zusätzlich aus-
110 einander gehende Schere muss beim Ausbau von Infrastruktur für ältere Menschen ebenfalls
111 berücksichtigt werden. Dazu zählt eine Grundvorsorgung wie Einkaufsmöglichkeiten in
112 Wohnortnähe, Freizeitangebote bis hin zur ambulanten und stationären Pflege. Ebenfalls
113 muss sich die kommunale Bau- und Verkehrsplanung auf die besonderen Anforderungen
114 älterer Menschen einstellen.

115
116 Aus dem demographischen Wandel ergeben sich also neben vielfältigen Anforderungen vie-
117 le großartige Chancen. Gerade ältere Menschen finden, dass das Zusammenleben der Ge-
118 nerationen für sie eine schöne Wohnform der Zukunft wäre. Generationsübergreifendes
119 Wohnen mit jungen und älteren Menschen entwickelt sich zur attraktiven Wohnform und soll-
120 te von den Kommunen unterstützt werden.

121
122 Eine älter und kleiner werdende Gesellschaft wird nicht alle Aufgaben im heutigen Umfang
123 leisten können. Wir brauchen deshalb in unserer Gesellschaft mehr gemeinschaftliche und
124 ehrenamtliche Leistungen. Junge helfen Alten und Alte helfen Jungen muss zu einem Leit-
125 motiv unserer Gesellschaft werden. Denkbar und in einigen Projekten schon erfolgreich prak-
126 tiziert sind die gegenseitige Hilfe und das Zusammenwirken bei sozialen oder schulischen
127 Projekten.

128
129 Der demografische Wandel kann für die Kommunen eine Chance bedeuten, die sich aktiv
130 mit den Herausforderungen beschäftigen und für ihren Bereich passende Lösungen entwi-
131 ckeln.

II. Arbeitsplätze und Wirtschaft

1. Wirtschaftliche Entwicklung – Kommunen tragen Zukunftsverantwortung

Mit einer guten Standortpolitik stärken Kommunen die Wettbewerbsfähigkeit ihrer ansässigen Betriebe. Florierende Unternehmen bringen Arbeitsplätze und Steuereinnahmen in die Gemeinde. Die zentrale Aufgabe der Kommunen zur Stabilisierung und Verbesserung der Situation auf dem Arbeitsmarkt ist es, notwendige Infrastruktur anzubieten und ein wirtschaftsfreundliches Klima zu schaffen.

Eine erfolgreiche Standortpolitik ist die Grundlage für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik. Dabei kommt besonders im ländlichen Raum den kleinen und mittelständischen Unternehmen eine besondere Bedeutung zu. Sie prägen durch ihre Präsenz und ihre Aktivitäten das Gesicht der Region und sind daher auch ein gewichtiger gesellschaftspolitischer Faktor. Wir wollen, dass diese mitteständische Wirtschaft im ländlichen Raum Zukunftsperspektiven hat.

Dabei kommt es für Unternehmen auch auf eine entscheidungsfreudige, flexible und wirtschaftsfreundliche Ansiedlungs- und Standortpolitik der Kommunen an.

Die Herausforderungen der demographischen Entwicklung für den Arbeitsmarkt mit dem absehbaren Mangel an Fachkräften und den Folgen für die sozialen Sicherungssysteme ist zusätzlich für die Kommunen von herausragender Bedeutung.

Es gilt, über die von der CDU betriebene aktive und erfolgreiche Wirtschaftspolitik hinaus in Zusammenarbeit mit den Kommunen eine gezielte Wirtschaftsförderung weiter auszubauen. Dabei ist eine interkommunale Zusammenarbeit insbesondere auch unter Zielsetzungen der Förderprogramme des Landes zunehmend bedeutsam und zu intensivieren.

Mit dem Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein, das den Schleswig-Holstein-Fonds ergänzt, sind entscheidende Bausteine für die Wirtschaftsentwicklung in Schleswig-Holstein gesetzt. Das Zukunftsprogramm, das die Förderprogramme in den vier Säulen Wirtschaft, Arbeit, Ländlicher Raum und Fischerei bündelt, schafft mit einem Fördervolumen von insgesamt 1,4 Milliarden Euro die Grundlage für die Zukunftssicherung unseres Landes.

2. Verkehrsinfrastruktur – ein wesentlicher Standortfaktor

Es sind im Wesentlichen die Kommunen, die die Verantwortung für eine Verkehrsplanung vor Ort tragen, die den Bedürfnissen von Bürgerinnen und Bürgern sowie den Gewerbetreibenden entgegen kommen muss. Zu einer weitsichtigen Verkehrsplanung gehört es, für alle Verkehrsteilnehmer ein partnerschaftliches Miteinander herzustellen. Dazu gehört eine an den Belangen von Sicherheit und Attraktivität orientierte Planung von Fuß- und Radwegen, die Bereitstellung ausreichender und bedarfsgerecht gelegener Parkplatzflächen, die Reduzierung von Staus, z.B. durch die Schaltung „grünen Wellen“, der Verzicht auf unsinnige Rückbauten oder Schließungen von Straßen und eine ortsübergreifende Planung von Gewerbegebieten, die die Anbindung an überörtliche Verkehrsachsen berücksichtigt.

Der Bau von Entlastungsstraßen zur Verlagerung von Durchgangsverkehr aus den Ortskernen ist ein Schwerpunkt der Verkehrspolitik von Land und Kommunen. Durch die Bereitstellung von Fördermitteln, aber auch durch eine zügige Abwicklung von Planungsprozessen, unterstützt die Landesregierung die Kommunen beim Bau von Ortsumgehungen.

Die Kürzung der Zuschüsse des Bundes für den ÖPNV stellt Land und Kommunen gemeinsam vor neue Herausforderungen in der Versorgung der Menschen mit Angeboten des Nahverkehrs. So muss noch stärker als in der Vergangenheit die Wirtschaftlichkeit der Angebote und die tatsächliche und regelmäßige Überprüfung des vorhandenen Bedarfs in den Mittelpunkt der Planungen gestellt werden. Angebote wie z.B. Anrufsammeltaxis können ein sinnvoller Ersatz wegfallender Buslinien sein. Eine aufeinander abgestimmte Taktung von Bus- und Schienenverkehr, eine moderne Gestaltung von Bahnhofsgebäuden sowie ausreichende P+R-Angebote können zudem dazu beitragen, den ÖPNV zu einer attraktiveren Alternative zum Individualverkehr zu machen.

3. Tourismus: Gemeinsames Handeln und gemeinsamer Erfolg

Die Kommunen und die regionalen Akteure sind aufgerufen, die Zielsetzungen der neuen Tourismuskonzeption des Landes unter Berücksichtigung der regionalen Identitäten nachhaltig umzusetzen. Kommunalpolitiker, Bürgermeister, Tourismusdirektoren, Vereine, Verbände und insbesondere auch die touristische Wirtschaft sind gefordert, ihre Regionen und Gemeinden auf das veränderte Nachfrage- und Freizeitverhalten auszurichten.

Darum ist es erforderlich, die Kräfte zu bündeln und gemeinsam die neue Strategie umzusetzen. Eine Steigerung der Buchungszahlen und der Wirtschaftlichkeit der direkt und indirekt im touristischen Geschehen tätigen Unternehmen sind für die Entwicklung im bedeutenden Wirtschaftszweig Tourismus unerlässlich.

Mehr Wachstum und sichere Arbeitsplätze sind wichtige Voraussetzungen für eine dauerhafte positive Entwicklung. Das Erscheinungsbild und die Qualität der touristischen Infrastruktureinrichtungen in den Tourismusorten sind dabei wichtige Faktoren, um im Wettbewerb mit anderen Urlaubsregionen sowohl im Inland als auch im Ausland bestehen zu können.

Für die Tourismusregionen sind bei der Umsetzung der neuen Tourismuskonzeption vor Ort die folgenden Schwerpunkte wesentlich:

- eine Ortsbildanalyse und -umgestaltung,
- die Erstellung von Rückbau- und Umnutzungskonzepten im Hinblick auf die Identifizierung von nicht mehr zeitgemäßen und/oder unwirtschaftlichen Infrastrukturangeboten sowie
- die Erstellung von Tourismuskonzepten, die die Vorgaben der neuen Tourismusstrategie insbesondere im Bereich der Infrastrukturentwicklung und der Ortsbildgestaltung ortsbezogen umsetzen.

Die Kommunen müssen sich ein eigenes und unverwechselbares Profil schaffen und Angebotsnischen suchen (z.B. Fahrradtourismus), um im Wettbewerb der Urlaubsregionen ihren Platz zu finden.

4. Arbeitsplätze entstehen lassen: Auch eine kommunale Aufgabe

Es ist auch Aufgabe der Kommunen, Rahmenbedingungen für neue Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein zu schaffen und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Arbeitsplätze im internationalen Vergleich zu steigern.

Kommunen sind wichtiger Auftraggeber für regionale Unternehmen. Das Vergaberecht ist so anzuwenden, dass die Möglichkeiten einer Unterstützung der örtlichen Wirtschaft ausgeschöpft werden können. Öffentliche Ausschreibungen sind mittelstandsfreundlich zu gestalten.

236 Einen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit leisten Kommunen, indem sie daran mit-
237 wirken, Arbeitssuchenden den Weg in den ersten Arbeitsmarkt zu ebnen. Dieses Ziel hat für
238 die CDU nach wie vor oberste Priorität in der Arbeitsmarktpolitik. Öffentlich geförderte Be-
239 schäftigungsträger können auch nach Abschluss der Arbeitsmarktreformen notwendige Qua-
240 lifizierungen unterstützen. Ihre Angebote sind mit den Wirtschaftstreibenden abzustimmen,
241 damit es nicht zu einem Verdrängungswettbewerb kommt.

242

243 Ein weiteres Element der Arbeitsmarktpolitik ist es, dass Schülerinnen und Schüler in
244 Schleswig-Holstein die Schulen mit einem Abschluss und ausbildungsreif verlassen. Durch
245 die Möglichkeit, Angebote der Kinderbetreuung und der Schullandschaft zu gestalten, haben
246 auch Kommunen unmittelbaren Einfluss auf diesen Teil des Arbeitsmarktes. Gute Schulen
247 sind in der Lage, gute Bildung zu vermitteln. Ausreichende und bedarfsgerechte Betreuungs-
248 angebote ermöglichen es auch qualifizierten Frauen und Männern, einen Beruf auszuüben
249 ohne auf eine Familie verzichten zu müssen.

250

III. Lebenswerte Kommune

1. Familie: Zukunft für Kinder und Zukunft mit Kindern

Familie ist dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung übernehmen. Aufgabe der Kommunalpolitik ist es, Familien in dieser Aufgabe zu unterstützen und die Rahmenbedingungen vor Ort familienfreundlich zu gestalten.

Nach wie vor stellt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine große Herausforderung für Eltern dar. Väter und Mütter müssen frei entscheiden können, ob sie die Berufstätigkeit für eine Familienphase unterbrechen oder beide Aufgaben parallel wahrnehmen wollen. Die CDU hat in ihrer Regierungsverantwortung Elternzeit und Elterngeld durchgesetzt und damit wesentlich die Rahmenbedingungen für Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert. CDU-Kommunalpolitik unterstützt diese Vereinbarkeit insbesondere durch den Ausbau bedarfsgerechter Kinderbetreuungsangebote. Dazu gehören:

- ein bedarfsgerechter Ausbau von Betreuungsangeboten für ein- und zweijährige Kinder mit flexiblen Formen (Krippenplätze, altersgemischten Gruppen und „Tagesmütter“); hierfür können insbesondere Kindergartenplätze, die wegen zurückgehender Geburtenraten frei werden, genutzt werden.
- feste Schulzeiten für Grund- und Förderschulen, die Müttern und Vätern garantieren, dass ihre Kinder zu verlässlichen Zeiten in der Schule sind;
- bedarfsgerechte Hortangebote für Kinder, die auch am Nachmittag Betreuung benötigen;
- offene Ganztagsschulangebote und Ganztagschulen an allen Schularten, soweit dafür eine Nachfrage bei Eltern vorhanden ist.

Da auch die Arbeitswelt ihren Beitrag zur familienfreundlichen Gestaltung unseres Landes leisten muss, setzt CDU-Kommunalpolitik auf eine gute Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Angeboten und privaten Einrichtungen der Wirtschaft bei der Kinderbetreuung. Öffentliche Verwaltungen sollen Vorbild einer familienfreundlichen Arbeitswelt sein. Dazu gehören Maßnahmen wie z.B. Wiedereinstiegsprogramme für Mütter und Väter in Elternzeit, Teilzeitangebote, Arbeitsflexibilität, Tele- und Heimarbeit.

Da die Zahl der Familien, die Hilfe bei der Erziehung benötigen, weiterhin zunimmt, stärkt CDU-Kommunalpolitik familienunterstützende Einrichtungen, z.B. Familienberatungsstellen, Familienbildungsstätten oder Elternschulen. Diese Hilfen müssen so frühzeitig wie möglich beginnen. Dazu gehören z.B. Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen, das Konzept „Welcome“, die Unterstützung junger Familien durch ein Miteinander von Haupt- und Ehrenamtlichen und Projekte wie „Frühe Hilfen“ und „Schutzengel“, die hauptamtliche Familienhebammen bereit stellen. Alle Hilfsangebote sollen in einem Netzwerk zusammen geführt werden. Die CDU setzt sich hier für eine koordinierende Rolle der Kommunen ein.

2. Schule

Die CDU tritt für eine nachhaltige Modernisierung des schleswig-holsteinischen Schulwesens ein. Dazu hat sie in der Regierungsverantwortung im Land mit dem neuen Schulgesetz Antworten auf zurückgehende Schülerzahlen gegeben. Die Kommunen stehen jetzt vor der Aufgabe, das Schulgesetz umzusetzen und ihre örtlichen Antworten auf die Veränderungen zu finden. Unser oberstes Ziel ist es dabei, allen Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit zu geben, einen qualitativ hochwertigen und ihren Begabungen angemessenen Schulabschluss zu erreichen. CDU-Kommunalpolitik sichert dafür die Rahmenbedingungen in der Verantwortung der kommunalen Schulträger.

CDU-Kommunalpolitik setzt sich für eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Kindergärten und Schule ein. Wer den Kindergarten verlässt und eingeschult wird, muss schulfähig sein.

Grundschulen müssen weiter gestärkt werden, da die Ergebnisse der PISA-Studie uns klar vor Augen führen, dass eine möglichst frühe Förderung der Schüler zu besseren Lernerfolgen führt und auch Kindern aus bildungsferneren Familien mehr Chancengerechtigkeit bietet. Dazu gehören z.B. die frühkindliche Sprachförderung und der verpflichtende Englischunterricht ab der 3. Klasse.

CDU-Kommunalpolitik setzt sich für möglichst ortsnahe Grundschulstandorte in der Fläche ein. Der Grundsatz „kurze Beine, kurze Wege“ ist auch bei zurückgehenden Schülerzahlen wichtig. Das neue Schulgesetz stellt dafür mit Nahbereichsschulverbänden, Grundschulverbänden, Zusammenschlüssen über öffentlich-rechtliche Verträge und dem Außenstellen-Konzept angemessene Instrumente zur Verfügung, die wir nutzen wollen. Aber auch die wei-

323 terführenden Schularten müssen in zumutbarer Entfernung erreichbar sein. Dafür ist eine
324 sorgfältige und regional gut abgestimmte Schulentwicklungsplanung von besonderer Bedeu-
325 tung.

326
327 Regionalschulen bieten die Möglichkeit, nach einer gemeinsamen Orientierungsstufe ab der
328 7. Klasse differenziert qualifizierte Haupt- und Realschulabschlüsse zu erreichen. Die Durch-
329 lässigkeit wird erweitert. Mit diesem Abschluss können weiterführende Schulen besucht wer-
330 den. Mit der Regionalschule, dem organisatorischen Zusammenschluss von Haupt- und Re-
331 alschulen, kann dieses Schulangebot in der Fläche auch bei zurückgehenden Schülerzahlen
332 aufrechterhalten werden.

333
334 Gemeinschaftsschulen können als zusätzliches Angebot vom Schulträger eingerichtet wer-
335 den.

336
337 Die Gymnasien werden aufgrund steigender Schülerzahlen mit zusätzlichen Lehrerstellen
338 ausgestattet. CDU-Kommunalpolitik sorgt dafür, dass die Schulträger ihrerseits die ange-
339 messenen Lehr- und Lernmittel und Raumkapazitäten sowie Sachmittel zur Verfügung stel-
340 len.

341
342 Förderschulen und sonderpädagogische Einrichtungen sollen die Schulangebote dort über-
343 nehmen, wo eine Integration von beeinträchtigten Kindern nicht sinnvoll ist.

344
345 Die beruflichen Schulen sollen die Anforderungen der Ausbildungsbetriebe in stärkerem Ma-
346 ße berücksichtigen und den Besuch von Fachoberschulen und Fachgymnasien weiterhin
347 ermöglichen.

348
349 Für alle Schularten sollen, wo dies sinnvoll ist und Nachfrage besteht, ganztägige Betreu-
350 ungsangebote und Ganztagschulen angeboten werden.

351
352 Mit dem neuen Schulgesetz sind die Schuleinzugsbereiche aufgelöst worden. Dies ermög-
353 licht den Eltern und Kindern die Wahl der besten Schule nach eigener Entscheidung im
354 Rahmen der vorhandenen Aufnahmemöglichkeiten. Für den kommunalen Schulträger be-
355 deutet dies weniger Planungssicherheit. Jeder einzelne Schulträger steht in der Verantwor-
356 tung für seine Schule, dass sie sich im Wettbewerb gut behaupten kann. Dazu gehört eine
357 gute Ausstattung der Schule und ein attraktives Schulprofil, an dessen Umsetzung die Schul-
358 träger aktiv mitwirken.

3. Medien

Teilhabe an der Medienentwicklung wird für Städte und Gemeinden im Zuge der Digitalisierung zu einem immer wichtigeren Standortfaktor. Ohne leistungsfähige Anschlüsse an das DSL Netz gibt es keine gewerbliche Neuansiedlung, vorhandene Betriebe verlieren ihre Wettbewerbsfähigkeit. Neue digitale Angebote - überwiegend über das Internet angeboten - haben die Mediennutzungszeit der Bevölkerung in den letzten Jahren deutlich steigen lassen. Für ein Flächenland wie Schleswig-Holstein heißt dies: nur die flächendeckende Teilhabe an den neuen Breitband- und Mobiltechnologien erhält die Wettbewerbsfähigkeit ländlicher Regionen und gibt jungen Menschen in ihrer angestammten Heimat eine Lebensperspektive.

4. Kultur

Insbesondere mit dem Schleswig-Holstein-Musikfestival hat das kulturelle Leben im Land internationale Bedeutung erlangt. Diese Spitzenleistung wäre ohne die breite Verankerung eines ehrenamtlichen Engagements in Hunderten Chören, Orchestern, Musikzügen, hoch- und niederdeutschen Theatern etc. nicht möglich gewesen. Auch in Zukunft wird in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein diese Form der kulturellen Selbstversorgung unverzichtbar bleiben. Sie ist in vielen Fällen Basis gesellschaftlichen Lebens und fördert gegenseitiges Verständnis bei gleichzeitiger Wahrung der eigenen kulturellen Identität.

Die Kreismusikschulen geben insbesondere den jungen Menschen das Rüstzeug, an dieser Entwicklung aktiv teilzunehmen

Die kulturelle Identität zu stärken, ist auch eine Aufgabe der Museen. Neben den Landesmuseen sind es gerade die Kreis- und Heimatmuseen, die unsere Geschichte mit der Gegenwart verknüpfen und den Menschen das Verständnis für den eigenen Lebensraum nahe bringen. Mit neuen pädagogischen Konzepten werden Erlebniswelten geschaffen, die die Zeit verstaubter Museen schnell vergessen machen.

Die Weiterentwicklung der Büchereien zu modernen Mediatheken kennzeichnet die Bereitschaft, sich vor Ort an die veränderten Bedürfnisse der Menschen anzupassen.

IV. Lebensqualität in unseren Kommunen**1. Heimat**

Um uns herum verändert sich die Welt. Globalisierung wird nicht selten als Bedrohung empfunden. Globale Klimaveränderung berührt auch uns. Der demographische Wandel stellt die Strukturen in den Dörfern und Städten in Frage und führt zu neuen Herausforderungen. Die Entwicklung in den Kommunen wird immer mehr von äußeren Entwicklungen abhängig.

In dieser Situation reagieren viele Menschen mit Unsicherheit. Verunsicherung führt zur Frage: Was hat noch Bestand, worauf können wir uns verlassen?

Umso mehr sehnen sich die Menschen nach Geborgenheit und nach Sicherheit.

CDU-Kommunalpolitik stellt dieses Streben der Menschen in den Mittelpunkt des Handelns in den Kommunen.

Es sind die Dörfer und Städte, wo die Menschen zu Hause sind, wo sie Heimat finden können.

Dazu gehört ein aktives Gemeinschafts- und Vereinsleben, das Nachbarschaft spürbar werden lässt. Dazu gehört aber auch in kleineren Dörfern ein Mindestmaß an Infrastruktur, das Grundbedürfnisse der Menschen erfüllt: Kinderbetreuung, Schule, Kirche, Feuerwehr, Einkaufsmöglichkeiten. Um dies auch unter den Bedingungen des demographischen Wandels leisten zu können, setzen wir auf Kooperationen. Die „Markttreff“-Angebote bieten gerade für kleine Dörfer im ländlichen Raum Chancen neuer dörflicher Mittelpunkte.

In größeren Städten hat in den vergangenen Jahren ein Trend zur Anonymisierung bestehende Bindungen und aktive Nachbarschaften verdrängt. Wir wollen diese Entwicklung stoppen. Gerade in den Städten brauchen wir wieder mehr Nähe und Gemeinschaftssinn. CDU-Kommunalpolitik fördert Initiativen, die diese aktiven Nachbarschaften mit Leben erfüllen und so Heimat erfahrbar machen.

Heimat geht mit einem hohen Maß an Identifikation einher. Identifikation entsteht dort, wo Menschen ihr eigenes Umfeld gestalten können. Deshalb setzt CDU-Kommunalpolitik auf die Eigenverantwortung der Menschen für ihr nächstes Umfeld, für ihre Gemeinde, für ihre

Stadt, für ihre Nachbarschaft. Dies wiederum erfordert den Freiraum, entscheiden zu können über Entwicklungen im nächsten Umfeld. CDU-Kommunalpolitik setzt sich dafür ein, dass Städte und Gemeinden diesen Handlungs- und Entscheidungsspielraum erhalten und ihn wieder verstärkt eingeräumt bekommen.

Heimat bedeutet zugleich Sicherheit, aber mehr als Sicherheit vor Kriminalität und Gefahren. Heimat ist dort, wo Menschen sicher sein können, auch im Alter Geborgenheit zu finden oder Hilfe zu bekommen, wenn sie Hilfe benötigen. Deshalb setzen wir auf ein funktionierendes Netz sozialer Dienste in Nachbarschaftsnähe. Heimat ist dort, wo Menschen sicher sein können, auch Arbeit zu finden und wo sie Arbeitsplätze als sicher empfinden. Deshalb ist es unser grundsätzliches Ziel, Wohnen und Arbeiten in angemessener Nähe miteinander zu verbinden.

So sorgt CDU-Kommunalpolitik dafür, dass Städte und Dörfer lebens- und liebenswerte Heimat bleiben.

2. Sicherheit in der Kommune

Den Gemeinden kommt im Hinblick auf die Sicherheit und besonders für das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung eine entscheidende Rolle zu.

Der Begriff der **öffentlichen Ordnung** ist in seiner ganzen Bedeutung wieder in das Landesverwaltungsgesetz aufzunehmen, um den Ordnungsbehörden eine rechtliche Handhabe gegen Störer zu geben. Wir wollen damit den Kommunen ermöglichen, auch über das Satzungsrecht die öffentliche Ordnung zu gewährleisten. Bereits vorhandene Möglichkeiten in diesem Bereich müssen jedoch auch genutzt werden.

Eine "Null Toleranz"-Strategie beugt der Entwicklung von Problemfeldern und Kriminalitätsschwerpunkten vor.

Prävention kann vor Ort in den Gemeinden effektiv betrieben werden, insbesondere in den Schulen. Bereits im Grundschulbereich kann Kindern aufgezeigt werden, wie Kriminalität verhindert werden kann und wie sie sich selbst davor schützen können. Insbesondere das Elternhaus, aber auch Schule und Kindergarten sind bei der Vermittlung von Werten prägend und können am besten der Entstehung von Kriminalität vorbeugen.

Die Kommunen können auf örtliche Besonderheiten durch die Schaffung von **kriminalprä-**

ventiven Räten eingehen, um die Frage der Gewaltprävention im Bewusstsein der Bevölkerung stärker zu verankern und das vertrauensvolle Verhältnis zwischen der Bevölkerung und der örtlichen Polizei weiter zu stärken.

Videoüberwachung in gefährdeten Bereichen ist ein geeignetes Mittel zur Sicherung des öffentlichen Raumes. Die Bevölkerung fühlt sich im wahrsten Sinne des Wortes in vielen Bereichen – insbesondere nachts und in den großen Städten – allein gelassen.

Die Freiwilligen und die Berufsfeuerwehren erbringen einen unschätzbaren Beitrag zur Sicherheit. Gemeinsam mit THW, DRK und anderen Hilfsdiensten leisten in ihnen Bürger jahrelang einen aufopferungsvollen Dienst für die Gemeinschaft. Die Kommunen sollen mit ihnen gemeinsam den Zivil- und Katastrophenschutz ausbauen. Terroranschläge, Naturkatastrophen und schwere Unfälle haben verdeutlicht, welchen hohen Stellenwert diese Arbeit vor Ort haben muss.

3. Jugend

Das Kindeswohl hat Vorrang. Der gesetzliche Schutzauftrag muss in den Kommunen gewährleistet werden. CDU-Kommunalpolitik setzt sich für eine intensive Zusammenarbeit aller familien- und jugendbegleitenden Einrichtungen ein. Dazu gehört auch eine optimale Zusammenarbeit zwischen Jugendamt, Kindergarten und Schule. Dazu können konkrete Maßnahmen gehören wie z.B. feste Sprechstunden von Jugendämtern in „ihren“ Schulen, ein „runder Tisch“, an dem sich Vertreter der Jugend- und Familiengerichte, der Polizei, der Jugendämter, der Träger von Kindergärten und Schulen sowie dieser Einrichtungen regelmäßig zum Gedankenaustausch treffen.

Einrichtungen der Jugendhilfe aller Träger benötigen eine verlässliche Finanzausstattung. Durch Bündelung von Aufgaben und verbesserte Formen der Zusammenarbeit kann der Mitteleinsatz effizienter erfolgen.

CDU-Kommunalpolitik unterstützt erzieherischen Jugendschutz; dazu gehören z.B. Multiplikatorenschulungen in den Schulen (Elternabende, Lehrerfortbildung) zum Thema Gewalt- und Drogenprävention. Im Bereich des ordnungsrechtlichen Jugendschutzes setzt sich die CDU für verstärkte Kontrollen, z.B. in Diskotheken und an Tankstellen, ein.

Jugendhilfe und Jugendschutz sollen die Problemzonen aufsuchen; Straßensozialarbeit soll konzeptionell erfasst und erweitert werden.

Beste präventive Jugendhilfe ist die Förderung ehrenamtlichen Engagements. Dazu gehören Jugendangebote im Sport, in Hilfsorganisationen (Jugendwehr, THW, Rettungsdienste, DLRG), in sozialen- oder Umweltorganisationen. Wenn junge Menschen anderen Menschen helfen, ist dies zugleich die beste Jugendhilfe.

4. Senioren

Die CDU engagiert sich für eine menschliche Gesellschaft – generationsübergreifend, für Jung und Alt. Eine zukunftsorientierte Politik muss eine Politik nicht nur für, sondern auch mit und von älteren Menschen sein.

CDU-Kommunalpolitik will mit Rahmenbedingungen helfen, die älter werdenden Menschen zu unterstützen. Wir wollen Chancen für Bildung und Integration, für ein Älterwerden in Würde.

Wenn in absehbarer Zeit jeder dritte Deutsche älter als 60 Jahre alt sein wird, dann liegt in dieser Generation ein Erfahrungsschatz, deren Lebenserfahrung gerade auch in den Kommunen wichtig ist. Die Senioren sind heute im Regelfall länger gesund, kompetent und aktiv als in früheren Generationen. Ihre Bedürfnisse und Wünsche, Möglichkeiten und Einschränkungen sind sehr unterschiedlich. Darauf müssen sich auch die Kommunen einstellen. CDU-Kommunalpolitik will Angebote und Möglichkeiten zur aktiven Teilnahme am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben schaffen, Erfahrungen nutzen und insbesondere ehrenamtliche Aktivitäten vermitteln. Deshalb unterstützt CDU-Kommunalpolitik Initiativen wie z.B. Ehrenamtsmessen, Infobörsen, Modelle „Alt hilft jung – Jung hilft alt“ und die Einrichtung von Mehrgenerationenhäusern.

CDU-Kommunalpolitik unterstützt die Möglichkeiten unterschiedlicher Wohnformen. Zielsetzung ist es, alten Menschen möglichst lange ihr Leben in einem selbst gestalteten eigenen Umfeld zu ermöglichen und die Betreuung in einem Pflegeheim so spät wie möglich nötig zu machen. Dazu gehören altengerechte, barrierefreie Wohnungen, Wohnen mit Service, Wohngemeinschaften älterer Menschen und generationenübergreifende Wohnprojekte.

Damit die Menschen das richtige Heim oder die richtige Wohnform entsprechend ihrem Hilfsbedarf und ihren Wünschen finden, sind trägerunabhängige Pflegeberatungsstellen wichtig. Dabei setzen wir auf den Grundsatz „Prävention und Rehabilitation vor Pflege“.

CDU-Kommunalpolitik setzt sich für eine starke Heimaufsicht ein. Prüfberichte müssen in anonymisierter Form veröffentlicht werden, damit die Menschen mit dieser Information ihre Entscheidung treffen können, in welchem Heim sie selbst oder ihre Angehörigen die letzte Zeit ihres Lebens verbringen wollen.

5. Sport

Der Sport hat in den Kommunen eine hohe gesellschaftspolitische Bedeutung - insbesondere im Bereich der Jugendförderung, Erziehung und Ausbildung. Die Sportvereine leisten eine unschätzbare ehrenamtliche Arbeit. Deshalb sollte die Arbeit in den Vereinen nicht durch unnötige Bürokratie und finanzielle Belastungen erschwert werden. Die Sportstätten müssen den modernen Anforderungen gerecht werden. Für gemeinnützige Zwecke sollten die Gemeinden die Sportstätten so kostengünstig wie möglich zur Verfügung stellen.

Sport ist auch ein wichtiges Instrument für die Integration. Vereine müssen in die Lage versetzt werden, mit sportlichen Angeboten und zielorientierten Programmen die Betreuung und Integration von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger weiter zu entwickeln.

6. Menschen mit Behinderung: Das Miteinander fördern

Wir wollen Kommunen des Miteinanders, in dem Menschen – ob mit oder ohne Behinderung – das gleiche Recht auf Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und am Arbeitsleben haben. Dies ist für CDU-Kommunalpolitiker selbstverständlicher Bestandteil jeder kommunalen Planung.

Integration und Selbstbestimmung unter Zuhilfenahme von Förderung und Hilfsmöglichkeiten haben hierbei Priorität.

Die CDU steht für eine Frühförderung der Kinder mit Behinderungen und der von Behinderung bedrohten Kinder sowie für eine gemeinsame Erziehung von Kindern mit und ohne Behinderung in Kindergärten und Schulen, soweit dies möglich und zum Wohle des Kindes ist.

571

572 **7. Integration. Menschen Heimat geben – In unseren Kommunen ankommen**

573

574 Der Slogan der Fußball-Weltmeisterschaft „Die Welt zu Gast bei Freunden“ ist mit großer
575 Begeisterung aufgenommen worden. Die Deutschen haben gezeigt, dass nicht nur der Sport
576 Menschen aller Kulturen und Länder friedlich zusammenbringt. In den Kommunen besteht
577 eine besondere Verantwortung dafür, dass Schleswig-Holstein auch in Zukunft ein offenes
578 und gastfreundliches Land bleibt. Menschen anderer Kulturen und Herkunft, die sich recht-
579 mäßig und friedlich hier aufhalten, müssen sich wohl fühlen können. Hierfür ist eine wichtige
580 Voraussetzung, dass sich alle im täglichen Leben und Umgang ausreichend auf Deutsch
581 verständigen können.

582

583 Der verbindliche Erwerb der deutschen Sprache soll so schnell wie möglich für Kinder und
584 Erwachsene beginnen. Hierdurch werden entscheidende Weichen für den künftigen Le-
585 bensweg gestellt. Deshalb müssen alle Kinder vor Schulbeginn ausreichend Deutsch lernen.
586 Die Kommunen müssen die Förderprogramme des Landes (z.B. Sprint) umsetzen und schon
587 in den Kindertagesstätten gezielt Sprachförderung anbieten.

588

589 Aus gesellschaftlichen Gründen sollten Sprachangebote aber auch für Frauen und insbe-
590 sondere Mütter gefördert werden. Den Müttern und Vätern soll ggf. gezielt bei der vorschuli-
591 schen Erziehung ihrer Kinder geholfen werden. Ein wichtiges Instrument zur Integration
592 bleibt der Sport.

593

V. Umwelt und Natur schützen und bewahren – Lebensqualität stärken

Eine intakte Umwelt und Natur sind unverzichtbar für eine hohe Lebensqualität der Menschen in unserem Land. Zugleich gilt es, durch verantwortungsbewusstes und den Nachhaltigkeitsgrundsatz beachtendes Handeln sicher zu stellen, dass die natürlichen Lebensgrundlagen auch für künftige Generationen erhalten bleiben. Im Tourismusland Schleswig-Holstein haben Natur- und Umweltschutz darüber hinaus auch große wirtschaftliche Bedeutung. Es muss auch künftig stets gelingen, die Interessen von Tourismus, Landwirtschaft und Naturschutz ganzheitlich zu betrachten und nicht auf Kosten des jeweils anderen zu befriedigen.

1. Wohnen, Arbeiten und Freizeit zusammenführen

Die Funktionen Wohnen, Arbeiten und Freizeit wollen wir stärker zusammenführen, indem Planungen aufeinander abgestimmt werden. Kommunen werden stärker noch als bisher bei ihrer Flächennutzungs- und Bauleitplanung die demographische Entwicklung berücksichtigen, um unnützen Flächenverbrauch zu vermeiden, Ortskerne zu stärken und einer Zersiedelung entgegen zu wirken. Einen „Erschließungsautomatismus“ darf es nicht mehr geben. Mit verbesserten naturnahen Naherholungsmöglichkeiten wollen wir die Attraktivität unseres Landes stärken.

2. Klimaschutz – auch eine kommunale Aufgabe

Es ist das Ziel der CDU-geführten Bundes- und Landesregierung, die Vorreiterrolle Deutschlands im Klimaschutz weiter auszubauen. Auch unsere Gemeinden werden dazu beitragen, dieses Ziel zu erreichen und mit kommunalen Klimaschutzstrategien den schädlichen Folgen des Klimawandels entgegen wirken. Es kommt darauf an, CO₂ Emissionen nachhaltig zu mindern. Wir fördern die Nutzung regenerativer Energien und Energiesparmaßnahmen im öffentlichen wie im privaten Bereich. Hier sind auch die kommunalen Energieversorger in einer besonderen Mitverantwortung. Durch Gebäudesanierungen ist nicht nur eine erhebliche Reduzierung des Energiebedarfs möglich, es können auch zahlreiche Arbeitsplätze erhalten bzw. neu geschaffen werden. Eine systematische Klimawandelfolgenabschätzung auch auf örtlicher Ebene ermöglicht rechtzeitige Anpassungsmaßnahmen.

Die Schaffung bzw. der Erhalt „grüner Lungen“ in Stadt- und Ortskernen sowie die Förderung von Gründächern tragen dazu bei, den Temperaturanstieg zu mindern und damit Lebens-

qualität zu steigern. Hiervon werden gerade ältere Menschen profitieren, die unter einem Temperaturanstieg besonders leiden werden.

Auch eine stärkere ökologische Ausrichtung unserer Häfen ist ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz. Durch Landstromversorgung von Schiffen und alternative Schiffsantriebssysteme können Emissionen nachhaltig gesenkt und die Attraktivität angrenzender Wohn- und Erholungsgebiete gesteigert werden.

3. Naturschutz: Gesamtaufgabe für Wirtschaft und Gesellschaft

Durch strategische Umweltprüfungen auf kommunaler Ebene werden die Verursacher von Schadstoff – und Lärmemissionen festgestellt und Möglichkeiten zu deren Reduzierung aufgezeigt. Für CDU-Kommunalpolitikerinnen und -Kommunalpolitiker hat dabei ein partnerschaftlicher Dialog der kommunalen Verantwortungsträger mit den Betroffenen Vorrang vor regulierender Bürokratie. So wollen wir Bewusstsein schärfen und auch zu freiwilligem Engagement ermutigen.

Der öffentliche Personennahverkehr muss in Zukunft stärker auf biogasbetriebene Fahrzeuge setzen. Durch Wegenetze soll der Umstieg aufs Fahrrad attraktiver werden.

Durch Monitoring und Renaturierungsmaßnahmen wollen wir die Qualität unserer Binnengewässer verbessern. Kommunale Artenschutzprojekte fördern wir.

Die konsequente Erfassung und Gefährdungsabschätzung von Altlasten wird von den Kommunen weiter betrieben. Bei der Abfallentsorgung setzen wir auf die Einhaltung ökologischer Standards. Abfallvermeidungsstrategien entwickeln wir auch auf kommunaler Ebene.

Ein Wachstumsmarkt der Zukunft ist die Umwelttechnologie. Durch eine stärkere Zusammenarbeit unserer Hochschulen mit der mittelständischen Wirtschaft vor Ort können zahlreiche Arbeitsplätze neu geschaffen werden.

Ehrenamtliches Engagement und eigenverantwortliche ökologische Maßnahmen werden wir fördern. Die Umweltbildung in Kindergärten, Schulen, in der beruflichen Bildung und durch Verbände und Vereine werden wir stärken, um durch einen verantwortungsbewussten Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen vermeidbare Schäden abzuwenden.

4. Landwirtschaft – Partner für Natur und Umwelt

Die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein ist aufgrund ihrer betrieblichen Strukturen, ihrer Bedeutung in der Landschaftspflege und im Naturschutz sowie aufgrund ihrer wirtschaftlichen Bedeutung im ländlichen Raum prägend für unser Land. Unsere Landwirtschaft produziert Nahrungsmittel in Spitzenqualität. Es sind zumeist Familienbetriebe, die bei uns Ackerbau, Viehzucht, Forstwirtschaft und Fischerei betreiben und darauf angewiesen sind, im Einklang mit der Natur zu leben.

Die CDU nimmt den Auftrag an die Kommunalpolitik ernst: Die Rahmenbedingungen vor Ort sind ein wichtiger Eckwert für die Zukunftsfähigkeit unserer Landwirtschaft. So kann der Staat die Landwirtschaft durch eine überzogene Ausweisung von Landschafts-, Wasser- oder Vogelschutzgebieten in ihrer Existenz gefährden.

Andererseits ist der Staat auf die Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft angewiesen. In vielen Teilen unseres Landes ist es zur Selbstverständlichkeit geworden, dass öffentliche Aufgaben wie Winterdienst, Wege- oder Gewässerpflege im Nebenerwerb von Landwirten vor Ort erledigt werden. Und auch die 45.000 km Knick in Schleswig-Holstein, die eine weltweit einzigartige Landschaft prägen, könnten ohne unsere Landwirtschaftlichen Betriebe niemals gepflegt werden.

Eine neue Herausforderung für die Kommunen ist das Feld der energetischen Nutzung der Biomasse. Viele Regionen Schleswig-Holsteins sind zu Vorreitern dieser Form der Energiegewinnung geworden. Es ist eine gemeinsame Aufgabe, für den Interessenausgleich zwischen Landwirtschaft, Bürgern und den Zielen einer zukunftsorientierten Energiegewinnung zu sorgen.

VI. Kommunen: Finanziell handlungsfähig und modern verwaltet

Eine staatliche Gemeinschaft kann nur existieren, wenn ihre Kommunen als Lebensmittelpunkt der Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzt werden, politisch aber auch finanziell handlungsfähig zu sein. Das Land Schleswig-Holstein ist durch seine Verfassung verpflichtet, die Kreise, Städte und Gemeinden finanziell so auszustatten, dass sie ihre Aufgaben angemessen erfüllen können. Nur so werden die Kommunen auch künftig für Kinderbetreuung, Bildung, soziale Sicherung, kulturelle Angebote und Investitionen in eine bedarfsgerechte Infrastruktur sorgen können.

Es ist nach wie vor nicht akzeptabel, dass der seit 2007 erfolgte Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich noch immer nicht in voller Höhe durch Entlastungsmaßnahmen für die Kommunen kompensiert wurde. Der Innenminister ist in der Pflicht, durch Aufgabenabbau, Standardfreigabe und gesetzliche Erleichterungen unverzüglich nachzubessern. Gleichzeitig sind die Kommunen aufgefordert, die durch das Land eröffneten Möglichkeiten zur Senkung von Ausgaben oder zur Reduzierung von bürokratischem Aufwand tatsächlich zu nutzen.

1. Finanzbeziehungen neu ordnen

Die Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen, aber auch zwischen den Kommunen untereinander, müssen neu geordnet werden. Die Verteilung der knappen Steuermittel erfolgt schon lange nicht mehr nach nachvollziehbaren, fundierten oder „gerechten“ Kriterien. Eine Gemeindefinanzreform muss nach dem Grundsatz erfolgen, die Kreise, Städte und Gemeinden aufgabenbezogen und gerecht an der Verteilung der Einnahmen zwischen Land und Kommunen zu beteiligen. Mischfinanzierungen sind daher kontraproduktiv und müssen weitest möglich abgebaut werden.

Die Vorwegabzüge im Finanzausgleichsgesetz sind ein Eingriff in die Entscheidungskompetenz der Kommunen, weil sie der zu verteilenden Schlüsselmasse entzogen werden. Sie sind daher auf ein dringend notwendiges Maß zu beschränken. Die Aufteilung der Schlüsselmasse muss anhand nachvollziehbarer Kriterien erfolgen, ebenso wie die Finanzierung des zentralörtlichen Systems unter besonderer Berücksichtigung der überörtlichen Aufgaben, die künftig stärker als bisher direkt verrechnet werden sollen (u.a. im Bereich der Schulfinanzierung).

Die Reform der Gemeindefinanzen muss zugleich dem Anspruch gerecht werden, das Steuersystem zu vereinfachen, es dadurch kostengünstig in der Verwaltung und transparent für die Betroffenen zu gestalten und im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses weitgehend zu harmonisieren.

2. Kommunalen Investitionsfonds den Kommunen zurückgeben

Der Kommunale Investitionsfonds (KIF) wurde ursprünglich durch Abzüge aus Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs gespeist und gehört darum den Kommunen. Im Zuge einer Gemeindefinanzreform soll der KIF zur Finanzierung kommunaler Investitionen in die alleinige Verantwortung der Kommunen zurückgegeben werden.

3. Mehr Transparenz im Kommunalen Rechnungswesen

Zur Herstellung einer höheren Transparenz im Kommunalen Rechnungswesen hat das Land die gesetzlichen Grundlagen zur Einführung einer kaufmännischen Buchführung geschaffen. Damit haben die Kommunen endlich die Möglichkeit, nicht nur – wie bisher – Einnahmen und Ausgaben zu erfassen, sondern klare Aussagen über Kosten und Leistungen sowie über Vermögen und Schulden zu treffen.

4. Öffentliche Aufgaben: Auf das Wesentliche konzentrieren!

Auch für die Kommunen gilt: Jede Dienstleistung für Bürgerinnen und Bürger, die aus Schulden finanziert wird, erfolgt zu Lasten der nachfolgenden Generationen und ist damit zutiefst unsozial. Es ist notwendig, Ausgaben zu senken und – in Zeiten guter Steuereinnahmen – Schulden abzubauen. Dies erfordert eine vorsichtige Haushaltspolitik der Kommunen. Verbleibende Leistungen werden teurer. Neue Aufgaben können nur übernommen werden, wenn alte Aufgaben entfallen oder eine Kostenerstattung erfolgt. Sollen gleichzeitig die kommunalen Steuersätze nicht steigen, müssen Dienstleistungen, die einem Bürger unmittelbar zugute kommen, künftig stärker als bisher durch kostendeckende Gebühren finanziert werden.

Die öffentliche Hand hat sich in ihrem wirtschaftlichen Handeln auf die Sicherung der Daseinsvorsorge zu beschränken. Keinesfalls dürfen staatliche Aktivitäten dazu führen, dass in den freien Wettbewerb des Marktes eingegriffen wird. Wir werden daher weiterhin die Privatisierung von kommunalem Eigentum und kommunalen Beteiligungen prüfen. Privatisierung

gen sind dann sinnvoll, wenn es gelingt, mit gleichem Aufwand bessere Leistungen zu erzielen oder gleiche Leistungen durch Private günstiger zu erbringen. Das Land wird aufgefordert weiter daran zu arbeiten, den Kommunen die Einbeziehung Privater Anbieter zu erleichtern, z.B. durch die Unterstützung öffentlich-privater Partnerschaften (ÖPP).

Die öffentlich-rechtlichen Sparkassen sind wichtige Partner für Bürgerinnen und Bürger, Mittelstand und Kommunen. Sie sollen weiter gestärkt werden, u.a. durch die Möglichkeit, in eigener Verantwortung über eine Verbesserung ihrer Eigenkapitalausstattung zu entscheiden. Dabei ist sicherzustellen, dass die Mehrheit der Anteile bei den kommunalen Trägern verbleibt und die gewünschte Zuführung von Kapital auf Kunden aus der Region, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Institutionen der Sparkassen-Finanzgruppe beschränkt wird.

5. Moderne Verwaltung

Städte und Gemeinden bilden die Nahtstelle, an der sich Bürgerinnen und Bürger und Gemeinwesen am unmittelbarsten begegnen. Rathaus, Schule, Kindergarten, Vereinsleben und Nachbarschaftshilfe und vieles mehr erlebt der Bürger in seiner Kommune. In Städten und Gemeinden wird der aktive Bürgersinn entwickelt; sie bilden für die Bürger die nächste demokratisch legitimierte Ebene. Sie sind der Garant für den Aufbau der Demokratie von unten nach oben. Eine funktionierende kommunale Selbstverwaltung mit einer modernen Kommunalverwaltung bilden das beste Mittel gegen Staatsverdrossenheit und Bürokratismus.

Ziel der CDU Politik ist, die Verwaltung von Kommunen wettbewerbsfähig zu machen. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung müssen die Verwaltungen den Anforderungen der Unternehmen, die im nationalen und internationalen Wettbewerb stehen, an den Standort, an die Infrastruktur und den Verwaltungsservice entsprechen sowie die EU-Dienstleistungsrichtlinie erfüllen können.

Eine von oben verordnete Gebietsreform im kreisangehörigen Bereich wird es mit der CDU jedoch nicht geben. An einer umfassenden Verwaltungsstruktur- und Funktionalreform hält die CDU fest.

Hier schließt eine Aussage zur Gebietsreform auf Kreisebene an, die gleichlautend mit dem Antrag an den Landesparteitag zur Verwaltungsstruktur- und Funktionalreform sein wird.

6. Wirkungsvolle Aufgabenkritik

Die Kommunen brauchen finanziellen Gestaltungsspielraum für die Herausforderungen der Zukunft. Schlüssel dazu ist eine wirksame Aufgabenkritik. Dafür muss alles, was öffentliche Verwaltung leistet, auf den Prüfstand gestellt werden. Dabei muss an erster Stelle die „Aufgabe von Aufgaben“, das heißt ein vollständiger Aufgabenverzicht stehen. Verpflichtungen von Landesseite sind auf das absolut notwendige Maß zurückzuführen.

Für die danach verbleibenden Aufgaben ist zu prüfen, wie die Ausgaben nachhaltig reduziert werden können. Zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und des Ehrenamtes streben wir eine weitgehende Freigabe von Vorgaben zugunsten der Gemeinden an. Die Kommunen sollen möglichst eigenverantwortlich über den Einsatz der ihnen zur Verfügung stehenden Finanzmittel entscheiden. Im Übrigen sollen die Aufgaben dort erledigt werden, wo es nach den Gesichtspunkten von Effizienz, Leistungsfähigkeit und Bürgernähe am sinnvollsten ist. Dabei sind Doppelstrukturen aufzulösen.

Hierfür hat die CDU bereits wesentliche Weichen gestellt, um vor Ort bürgernäher entscheiden zu können. Außerdem ermöglichen wir damit Kreisen, Städten und Gemeinden durch die Zusammenführung mit eigenen Aufgaben Synergieeffekte zu erzielen. Die CDU wird sich für eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit einsetzen und diese fördern, da nicht der Wettbewerb gegeneinander, sondern die Zusammenarbeit miteinander den Standort und die soziale Infrastruktur optimiert.

7. Entbürokratisierung und Innovationen: Schlüssel zur Verwaltungsmodernisierung

Die Verwaltung muss sich an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger ausrichten und darf die Gestaltungsspielräume für Investitionen und die damit verbundene Schaffung von Arbeitsplätzen nicht einengen. Die moderne Kommunalverwaltung wird sich zukünftig aber nicht nur als Dienstleister für den Bürger als Kunden verstehen, vielmehr soll die aktive Mitgestaltung des kommunalen Gemeinwesens im Mittelpunkt stehen.

Die CDU hat daher zahlreiche Vorschriften und Gesetze auf Landesebene auf den Prüfstand gestellt und wird dies auch weiter tun. Viele davon wurden bereits gestrichen. Das Landesnaturschutzgesetz wurde im Sinne einer Vereinfachung zugunsten der Bürgerinnen und Bürger novelliert und die Verfahren der Landesbauordnung werden erheblich gestrafft. Die CDU wird sich in konsequenter Umsetzung der EU Dienstleistungsrichtlinie für ein vernetztes Ver-

LEITLINIEN ZUR KOMMUNALWAHL 2008

835 waltungswesen einsetzen. Was für einen ausländischen Antragsteller gilt, muss auch für
836 einen inländischen Betrieb gelten. Eine Anlaufstelle für einen Antrag - und nicht ein Antrag
837 und bis zu 16 Anlaufstellen.

838
839 Dieser Gesamtprozess kann nur durch den konsequenten Einsatz vernetzter IT und innova-
840 tive Steuerungsformen gelingen. Die CDU wird die Rahmenbedingungen schaffen, damit
841 Verwaltungsvorgänge zukünftig stärker im Internet erledigt werden können und die Vernet-
842 zung zwischen Bürgern und Verwaltung enger wird als bisher.

843
844 Wir werden uns aber auch dafür einsetzen, dass die Entbürokratisierungs- und Verwal-
845 tungsmodernisierungsbemühungen nicht durch wachsende EU-Vorschriften behindert wer-
846 den. Dazu gehört auch, dass die kommunale Organisationshoheit und interkommunale Zu-
847 sammenarbeit vor EU-Vorgaben geschützt wird.

848
849 Für die CDU ist Bürokratieabbau und Deregulierung zwingende Voraussetzung für eine
850 Stärkung des Standortes, für eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, für die Sen-
851 kung der Verwaltungskosten und für mehr Effizienz. Dabei können sich bei der Kommunali-
852 sierung von Aufgaben die Kommunen darauf verlassen, dass die CDU die Umsetzung unter-
853 stützt und auf die konsequente Einhaltung des Konnexitätsprinzips setzen wird.

854 .

Mitglieder der Programmkommission

Vorsitzender: Claus Christian Claussen

Stv. Vorsitzender: Ingbert Liebing, MdB

Mitglieder:

Norbert Brackmann

Oliver Dörflinger

Thorsten Geißler

Dr. Henning Görtz

Hans-Joachim Grote

Peter Lehnert, MdL

Christiane Ostermeyer

Johannes Petersen

Ulrich Rüder

Katrin Schulz

Bärbel Thiemann

Angelika Volquartz

Geschäftsführung:

Daniel Günther

Jörg Hollmann